

"Moskaus Lippenbekenntnis zu Europa" in Süddeutsche Zeitung (25. Mai 1973)

Quelle: Süddeutsche Zeitung. Münchner Neueste Nachrichten aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Hrsg. Dürrmeier, Hans ; Herausgeber Heigert, H. 25.05.1973, Nr. 120. München: Süddeutscher Verlag GmbH. "Moskaus Lippenbekenntnis zu Europa", auteur:Schröder, Dieter , p. 4.

Urheberrecht: (c) Süddeutsche Zeitung

URL: http://www.cvce.eu/obj/moskaus_lippenbekenntnis_zu_europa_in_suddeutsche_zeitung_25_mai_1973-de-46c26b07-8271-4793-a6fc-a307f244fc24.html

Publication date: 03/07/2015

Moskaus Lippenbekenntnis zu Europa

Von Dieter Schröder

Das Elend Westeuropas besteht darin, daß seiner wirtschaftlichen Gemeinschaftsstruktur der politische Überbau fehlt, daß seine bestehenden Institutionen schwach sind, und daß nicht nur Frankreich, sondern auch Großbritannien und in zunehmendem Maße sogar die Bundesrepublik im wesentlichen dem Ideal – wenn es eines ist – des Generals de Gaulle huldigen, dem Ideal nationalstaatlicher Interessenpriorität. Solange dies so ist, kann Europa nicht „europäisch“, das heißt unabhängig sein, und solange Europas Gemeinschaft auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner der Interessen aufbaut, auf dem agrar- und handelspolitischer Vorteile, bleibt dieses Europa von der Zentrifugalkraft eben jener nationalstaatlichen Sonderanliegen bedroht.

Dieser traurige Tatbestand könnte kaum besser illustriert werden als durch das Präsident Pompidou zugeschriebene Bonmot: „Ich habe ausgezeichnete Beziehungen mit Mr. Heath, aber wir sind über alle Fragen verschiedener Meinung.“ Mehr oder weniger könnte auch Brandt so über seine bevorstehenden Treffen mit Pompidou und Heath reden. Jeder der drei ist das, als was sich Brandt gegenüber Nixon und Breschnew ausgegeben hat, ein „Sprecher für Europa“. Den „Sprecher Europas“ gibt es dagegen nicht. Von dieser immer noch vorhandenen Gebrechlichkeit des Zusammenschlusses muß man ausgehen, wenn man die „Realität“ Europa richtig einschätzen will. Wie gering die Amerikaner augenblicklich diese Realität beurteilen, haben sie gezeigt, indem sie Europa mit dem Vorschlag einer „neuen Atlantik-Charta“ überraschten, der offenbart, wie uneinig die Europäer sind und wie wenig vorbereitet auf die beanspruchte Weltrolle. Wie wenig die Sowjets von der Realität halten, zeigt sich daran, daß ihre Bekenntnisse dazu, auch die Breschnews gegenüber Brandt, vorläufig nichts anderes sind als Lippenbekenntnisse.

Sowohl Nixon als auch Breschnew haben 1973 zum europäischen Jahr erkoren. Was sie darunter verstehen, ist jedoch keineswegs vorteilhaft für Europa, zumal die Gefahr besteht, daß sich ihre Vorstellungen annähern. Washington hoffte ursprünglich auf ein starkes Europa, das es von den Verteidigungslasten für den alten Kontinent weitgehend entlasten würde. Dabei waren sicherlich auch Wunschvorstellungen im Spiel, die Europa niemals hätte erfüllen können. Nun sehen sie ein Europa, das stark genug ist, ihren Handel zu stören, sich aber als zu schwach ausgibt, mehr für seine Verteidigung zu tun. Wenn sich daran nichts ändert, könnten sie – schließlich sind sie auch keine schlechten Schüler de Gaulles – versucht sein, ein schwaches Europa vorzuziehen, dem sie ihre Bedingungen vorschreiben, bis hin zu einem Unterschied im Nuklearschutz für Europa und für die USA, der in Nixons außenpolitischer Botschaft bereits drohend anklang.

Was immer Breschnews Fernseh-Äußerung von Europa als einem „Kontinent des Friedens, des Vertrauens und der gegenseitigen vorteilhaften Zusammenarbeit“ bedeuten soll, wir können sicher sein, daß Breschnew bestimmt ein schwaches Europa möchte. Sicherlich sind die Zeiten vorbei, in denen die Sowjets hofften, die EWG torpedieren zu können. Als Garant der Stabilität und des Status quo in Europa mag sie ihnen nicht einmal unlieb sein, zumal wenn sie sich im Verein mit den USA im Zaume halten läßt. Eine Stärkung der EWG liegt ihnen jedoch nicht im Sinn. Nach wie vor weigern sie sich, mit der EWG Handelsabkommen abzuschließen. Im Hinblick darauf war die gemeinsame Außenhandelspolitik der EWG gegenüber den Staatshandelsländern des Ostblocks bis zum 1. Januar 1973 ausgesetzt worden. Jetzt wird sie unterlaufen. Statt auf Abkommen zu verzichten, schließen die Mitglieder mit den Sowjets bilaterale Verträge über die wirtschaftliche Kooperation, die nicht in die Kompetenz der EWG fällt. Bis auf den Namen sind es jedoch Handelsverträge.

Die „Realität“ Europa muß da allerdings ein größerer Vorwurf treffen als die Sowjets, zumal ihnen die EWG bei den Vorgesprächen in Helsinki die erwünschte Meistbegünstigungsklausel als Prinzip des zwischenstaatlichen Handels verwehrt und sie ausdrücklich auf der Grundlage des *gegenseitigen Vorteils* auf die industrielle Kooperation verweist. Weil sie politisch schwach und uneinig ist, liefert die Gemeinschaft den Hebel selber, mit dem sie auseinanderdividiert werden könnte, wenn die Sowjets es wollen. Dieser Eindruck muß sich bei ihnen noch verstärken, wenn Rumänien, das einen Vertrag mit der EWG sucht, aus Furcht vor Moskau kühl behandelt wird.

Was gegenüber Moskau gilt, trifft auch für die Verhandlungen mit den USA zu und für die bevorstehende Serie internationaler Konferenzen über Handels- und Währungsfragen, über die Sicherheit und den Truppenabbau. Überall ist Westeuropa wegen seiner fehlenden Kohärenz und seines Mangels an einer gemeinsamen Politik im Nachteil gegenüber den Supermächten. Die Ereignisse beginnen die Planung für eine europäische Union zu überholen. Das italienische Kommissionsmitglied Spinelli hat deshalb einen „Unterhändler für Europa“ vorgeschlagen. Doch was nützt ein Unterhändler ohne eine gemeinsame Politik und den Willen, diese auch durchzusetzen.